



## ENTSCHLIESSUNG Nr. 18) Unterstützung für eine weltweite Kampagne für Rechte bei der Deutschen Telekom

Der 29. Weltkongress der Internationalen der Öffentlichen Dienste, versammelt in Durban, Südafrika, 27.-30. November 2012,

### STELLT FOLGENDES FEST:

Als Teil lebenswichtiger Bestrebungen, die Macht und die Dichte von Gewerkschaften weltweit zu verstärken, haben sich der Internationale Gewerkschaftsbund (IGB) und der Rat der Globalen Gewerkschaftsverbände, denen die PSI angehört, dazu entschlossen, ihre Mittel zur gezielten Unterstützung eines Modells zur Organisation weltweiter Kampagnen zur Verfügung zu stellen. Diese neue Initiative konzentriert die gemeinsame Unterstützung, Ressourcen und das Engagement der weltweiten Gewerkschaftsbewegung auf eine Kampagne zur Erringung des Rechts auf Tarifverhandlungen bei einem bestimmten multinationalen Konzern; sie soll als Pilotversuch dienen und die erste einer Reihe abgestimmter weltweiter Kampagnen sein.

Im Januar 2011 kamen VertreterInnen von globalen Gewerkschaftsverbänden, des IGB und nationaler Gewerkschaftsbünde aus der ganzen Welt zusammen und wählten die Deutsche Telekom als Schwerpunkt für ein neues globales Modell gewerkschaftlicher Organisation aus. Es ist dies zwar nicht die erste internationale Kampagne, doch ist hier zum ersten Mal die gesamte weltweite Gewerkschaftsbewegung zusammgekommen, um gemeinsam von einem multinationalen Unternehmen zu verlangen, Normen zur Achtung der ArbeitnehmerInnen und Grundsätze menschenwürdiger Arbeit in allen seinen Niederlassungen einzuhalten.

In ihren Ursprungsländern haben viele europäische multinationale Konzerne eine lange Tradition von Kollektivverhandlungen und sozialem Dialog mit ihren nationalen Gewerkschaften hinter sich, die in der Achtung der grundlegenden Arbeitnehmerrechte begründet ist. Diese Partnerschaften im Bereich der Verhandlungen waren zwar nicht konfliktfrei, haben jedoch zu produktiven und prosperierenden Unternehmen, einer wirtschaftlich stabilen Arbeitnehmerschaft und stärkeren Demokratien in den jeweiligen Ländern geführt.

Allerdings hat vor kurzem *Human Rights Watch* anhand von Beweisen festgestellt, dass diese Multinationalen die besten Praktiken der Arbeitsbeziehungen nicht aus ihren Heimatländern in die Vereinigten Staaten oder andere Länder der Welt mitnehmen. Stattdessen nehmen sie die schlechtesten Praktiken ihrer Gastländer an: Missachtung der ArbeitnehmerInnen, gewerkschaftsfeindliche Taktiken, Ängstigung und Einschüchterung von ArbeitnehmerInnen, die sich beklagen, und Entlassungen und Vergeltungsmaßnahmen, wenn sie einer Gewerkschaft beitreten wollen. Statt im Bereich der Arbeitnehmerrechte eine „High Road“-Strategie anzuwenden und ein positives Beispiel zu setzen, passen sich diese Multinationalen an das „Low Road“-Modell für Arbeitnehmerrechte an.

Genau dies tat das deutsche multinationale Unternehmen Deutsche Telekom, als es seine Tätigkeiten auf die Vereinigten Staaten ausdehnte. Die amerikanischen ArbeitnehmerInnen sind mit einem antigewerkschaftlichen Verhalten konfrontiert, das in Deutschland unerhört wäre; es ist Teil einer aggressiven und umfassenden „Gewerkschaftsvermeidungsstrategie“, in Übereinstimmung mit den Bemühungen der Deut-

schen Telekom, ein „gewerkschaftsfreies“ Umfeld zu erreichen. ArbeitnehmerInnen verdienen eine bessere Behandlung seitens eines Unternehmens, das in Deutschland erwiesenermaßen respektvolle Arbeitnehmer-Arbeitgeberbeziehungen pflegt.

Aus diesem Grund haben sich *Communication Workers of America* und sein deutsches Gegenstück, ver.di, zusammengetan, um eine transnationale Gewerkschaft zu gründen, TU, die gemeinsam die Interessen der deutschen und amerikanischen ArbeitnehmerInnen vertritt. Diese Organisation hilft nun, die Arbeitnehmerschaft weltweit zu koordinieren. Deutsche Telekom beschäftigt schätzungsweise 250.000 ArbeitnehmerInnen in 35 Ländern.

In den letzten Jahren haben Tausende ver.di-Mitglieder Unterstützung für die amerikanischen MitarbeiterInnen von T Mobile geleistet: sie demonstrierten bei der Jahresversammlung des Unternehmens, entsandten Delegationen in die USA, die sich mit ArbeitnehmerInnen an den für die gewerkschaftliche Organisation wichtigsten Standorten trafen, und untermauerten mit dem Motto „Wir erwarten etwas Besseres“ die Unterstützung aus Deutschland. Hunderte amerikanischer Beschäftigter von T Mobile sind TU beigetreten, und Gewerkschaftsführer haben mit KollegInnen von ver.di direkt oder auf Online-Foren gesprochen.

Die Modellkampagne für Arbeitnehmerrechte und –stimme bei der Deutschen Telekom strebt ein bisher nie dagewesenes Maß an internationaler Koordinierung und Kommunikation an, um den täglichen Kampf von ArbeitnehmerInnen für den Aufbau ihrer Gewerkschaften zu verstärken und ihre kollektiven Forderungen nach Achtung der Grundrechte und einem Weg zu menschenwürdiger Arbeit in allen möglichen Foren weiterzutragen. Eine weitere Untersuchung der Lage soll in Zukunft dazu beitragen, dass dieses globale Modell auch in anderen Sektoren angewandt werden kann.

#### **AUS DIESEM GRUND BESCHLIESST DER KONGRESS,**

- dass sich die PSI der weltweiten Gewerkschaftsbewegung anschließt, indem sie sich hinter diese weltweite Kampagne stellt, die es den Beschäftigten der Deutschen Telekom ermöglichen soll, ihre grundlegenden Arbeitsrechte und ein Mitspracherecht am Arbeitsplatz einzuklagen und für sich selbst und ihre Familien ein besseres Leben zu erwirken;
- dass die PSI Aktualisierungen zu dieser Kampagne auf ihre Website stellen und Mittel zur Verfügung stellen wird, die es den Mitgliedern gestatten sollen, die Kampagne über Strategien des öffentlichen Beschaffungswesen und Kapitalstrategien der Arbeitnehmer zu unterstützen; dies soll auch, wenn immer möglich, durch direktes Engagement und Verbraucherkampagnen erreicht werden;
- dass die PSI und ihre Mitgliedsgewerkschaften die Solidarität des öffentlichen Sektors mit dieser Kampagne des privaten Sektors als ein Mittel zur Förderung der Einheit der Arbeitnehmerschaft in einer Zeit nie dagewesener Bedrohungen unter Beweis stellt;
- dass sich die PSI mit der Bitte an den IBG wenden soll, potentielle Ziele im öffentlichen Sektor zwecks künftiger gemeinsamer Kampagnen ausfindig zu machen; dabei sollen auch multinationale Unternehmen ausfindig gemacht werden, die dabei sind, öffentliche Dienste zu privatisieren.

Hier können alle [Kongressentschliefungen](#), das Aktionsprogramm und die neue Satzung heruntergeladen werden.